

Kitsch und Krise

Astrid Séville*

Politische Zeitdiagnosen zeugen vom ehrenwerten Bemühen, mithilfe politik- und sozialwissenschaftlicher Expertise die Gegenwart einzuordnen und zu deuten. Dabei fallen hierzulande einige wiederkehrende Formeln auf. Mit Blick auf die Weltlage und die ‚Polykrise‘ ist da zunächst die Dauerreferenz auf Francis Fukuyama, der fälschlicherweise ‚das Ende der Geschichte‘ ausgerufen habe. Nun erlebten wir ‚die Rückkehr der Geschichte‘, schließlich sei der ‚Krieg zurück in Europa‘. Die Losung, ‚die regelbasierte Weltordnung‘ kollabiere, man trete in ‚ein postliberales Zeitalter‘ ein, ist zu einem Mantra geworden. Europa müsse ‚erwachsen‘ werden; Trump, Putin und Xi Jinping glaubten nicht an die ‚Stärke des Rechts‘, sondern an ‚das Recht des Stärkeren‘. Mit Blick auf innenpolitische und gesellschaftliche Entwicklungen wiederum geht es regelmäßig um Polarisierung und Populismus. Bürger respektive Wähler lebten in durch soziale Medien befeuerte ‚Blasen‘ und hätten mangels Kontakts mit Andersdenkenden ‚das Streiten verlernt‘. Es bedürfe im Miteinander einer größeren ‚Ambiguitätstoleranz‘, die mittelfristig einem ‚gesellschaftlichen Zusammenhalt‘ zuträglich wäre. Autoritär und illiberal gesinnte Kräfte attackieren derweil den demokratischen Verfassungsstaat – normativ bescheiden, aber firm wird geschlussfolgert, dass ‚Resilienz‘ vonnöten sei. In dieser Situation kann ein Soziologe, der die Beharrungskräfte der Gesellschaft betont und erklärt, Änderungen des Status quo seien rechtfertigungsbedürftig, überall reüssieren (vgl. Bollmann 2025). Odo Marquard würde vermutlich salomonisch lächeln.

Nun geht es nicht darum, sich über diese Versatzstücke und *Buzzwords* sozialwissenschaftlich informierter Diagnosen zu mokieren, schließlich treffen sie wichtige Punkte und dienen der Orientierung. Sie sind mal mehr, mal weniger empirisch abgesichert. Vielmehr macht jene Reihung einen Katalog an Deutungsangeboten deutlich, der einen zweiten, akademischen Blick wert ist. Die Frage nach den Formulierungen, die es in populäre Sachbücher und öffentliche Debatten schaffen und dann stets wiederholt werden, führt zu Mechanismen und Dynamiken einer Popularisierung sozialwissenschaftlichen Wissens. Solche Konjunkturen von Zeitdiagnosen sind interessant, da sie nicht nur Netzwerke, Trends und Verwertungslogiken erkennbar machen, sondern auch, weil

* Astrid Séville, Leuphana Universität Lüneburg
Kontakt: astrid.seville@leuphana.de

sie etwas über opportune Selbsterzählungen und Selbstblockaden einer Gesellschaft aussagen.

Gegenwärtig ist ein Motiv besonders auffällig: Die deutsche Gesellschaft wird mit Analysen der Notwendigkeit eines tiefgreifenden Politikwandels konfrontiert, sei es durch Reformen des Sozialstaats, der Migrationspolitik, der Rentenpolitik, der Fiskalpolitik oder der Sicherheitsarchitektur. Die amtierende Regierung hat bekanntlich einen „Herbst der Reformen“ ausgerufen. Jedoch bleiben wirklich große Reformen bisher nahezu aus oder werden in kleinere Scheinlösungen übersetzt, die Zeit verschaffen sollen, aber keine Strukturprobleme adressieren. Man denke etwa an die Debatte ums Bürgergeld, an die Mütterrente oder an die Haushaltsakrobatik mit dem neuen Sondervermögen (vgl. Huhnholz 2024). Es ist die Gleichzeitigkeit eines allgemeinen, publizistisch noch geschärften Bewusstseins fundamentaler Problemlagen und eines umfassenden Reformbedarfs bei einem politischen Inkrementalismus und den immer wiederholten Sprechblasen, die vielen Bürgern an den Nerven zehrt. Dabei haben sich die politischen Lager auf interessante Weise verschoben: Einst ‚progressive‘ Kräfte würden gern vieles konservieren; ‚reaktionäre‘ Kräfte setzen hingegen auf gesellschaftlichen Umbau; ein bürgerlicher Liberalismus wird derweil aufgerieben; eine nostalgisch anmutende Linke wirkt auf junge Wähler verheißungsvoll; und die Union weiß nicht so recht, wohin sie will, und proklamiert einen ‚Lieferismus‘ ohne Mut zur Tat. Parallel zu dieser eigentümlichen Kraftlosigkeit erfolgen (hybride) Angriffe von innen und außen und wird die freiheitliche Gesellschaft als dekadent, hyperindividualisiert und hedonistisch verunglimpft. Das demokratische Regierungssystem sei dysfunktional und schwach, so der wiederkehrende Vorwurf. Selbst wohlwollende Kritiker und junge Aktivist*innen überlegen, ob eine Technokratie nicht bessere *Outputs* generieren könnte (vgl. Staab 2022: 178 ff.).

Angesichts dieser Gemengelage aus öffentlicher Dauerkrisendiagnostik und politischer Anfechtung lässt sich argumentieren, dass man gegenwärtig nicht nur ein Ende vom angeblichen *Posthistoire*, sondern auch *ein Ende vom Ende der Erzählungen* erlebt – oder erleben könnte (vgl. Lyotard 1979: 7 ff.). Es gibt antidemokratische und antiliberalen Großerzählungen, die einer Lagerbildung dienen und politisch mobilisieren. Dies geschieht wahlweise aus einem aggressiven, revanchistischen Imperialismus, aus Konkurrenz- und Systemlogik, *Dealmaker*-Schikane, maskulinistischem Sozialdarwinismus, innerer Saturiertheit oder Nihilismus heraus. Es gibt politische Alternativen, Oppositionen, Systemrivalitäten und Feindschaften; es gibt unterschiedliche Ordnungsvorstellungen, Weltanschauungen und Erzählungen. Man kann heute für oder gegen den Verfassungsstaat, parlamentarische Repräsentation und gegen gesellschaftlichen Pluralismus sein. Hierzulande formiert sich Fundamentalopposition gern als „Vulgärdemokratismus“ (Buchstein 2025).

Langsam verfestigt sich daher die Idee, dass es einer Vorwärtsverteidigung der Freiheit, der Demokratie, der gesellschaftlichen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte – ja womöglich der Idee eines liberalen, demokratischen Europas bedarf. Jenseits von Sonntagsreden und Feiertagsrhetorik gilt es, die alte Einsicht zu bekräftigen, dass eine

politische Ordnung, die ihren Mitgliedern große Freiheiten und Teilhabemöglichkeiten gewährt, dazu robuste Institutionen sowie fähige und willige Subjekte braucht. Es fragt sich sodann, über welches rhetorische, kulturelle und programmatische Repertoire insbesondere die deutsche Gesellschaft verfügt, das einen starken und souveränen Umgang mit Alternativen, Rivalen und Feinden ermöglichen könnte. Kann sie nach Jahrzehnten des Modernitätsglaubens, der Friedensdividende, der gesellschaftlichen Liberalisierung und Entinstitutionalisierung begreifen, dass sie selbst ein politisches Feindbild abgibt? Kann sie Angriffe auf den liberaldemokratischen Verfassungsstaat bearbeiten, ohne in eine moralisierende Rhetorik von Gut und Böse, in juridische Formalisierung oder dünnliche Selbstverklärung abzurufen? Schon die Verkehrung von Aggressor und Defensor, die Vorwürfe der ‚Kriegstreiberei‘ von vorgeblichen Pazifisten an die westliche Ukrainepolitik, aber auch die populistische Behauptung, man müsse die Demokratie vor den gewählten ‚Altparteien‘ retten, ist für eine folgenschwere Verwirrung bezeichnend.

Kulturen der Selbstkritik und das Risiko der Verteidigungshemmung

Für eine Vorwärtsverteidigung des demokratischen Verfassungsstaats stellen sich gegenwärtig Herausforderungen, deren Diskussion mittlerweile zahlreiche Bücher, Zeitschriften und Zeitungen füllt; auf eine sehr spezielle, kognitiv-kulturelle Herausforderung soll im Folgenden der Blick gelenkt werden. Diese stellt sich insbesondere aus einer politikwissenschaftlichen und -theoretischen Perspektive. Vor allem betrifft sie aber auch die (eigene) akademische Umwelt. Nicht nur in Deutschland haben sozial- und geisteswissenschaftlich gebildete Milieus eingeübt, kritisch die eigene gesellschaftliche und politische Ordnung und das eigene Denken auf den Prüfstand zu stellen. Zu schwer wiegt die genozidale und koloniale Gewaltvergangenheit des eigenen Landes und des Westens, zu deutlich sind die Verstrickung westlicher Staaten in die Ausbeutung anderer Weltregionen sowie die Unfähigkeit sozial gerechter und nachhaltiger Problemlösung. Die Verausgabung ökologischer Ressourcen und die Externalisierung der Kosten des eigenen Wirtschaftsmodells, sei es geographisch oder zeitlich auf nächste Generationen, führt zu einem Bewusstsein der Defizienzen des Kapitalismus, aber auch der (Parteien-)Demokratie, die das alles ermöglicht und womöglich forciert. Gleichwohl bleiben die politische und wirtschaftliche Ordnung für ihre Leistungen und die durch sie gewonnenen Freiheitsgrade zu bejahen.

Das Anliegen, mit Verve für eine Idee politischen Fortschritts, das Versprechen der Moderne und überhaupt ein universalistisches Programm zu kämpfen, trifft auf Bemühen um eine nötige Revision blinder Flecke und Dekolonialisierung des Denkens, auf die Abkehr von Geschichtsphilosophie und von allerhand Heilsversprechen. Das akademisch trainierte Milieu hat gelernt, mit der Pluralisierung von Geschichte und Moderne zu multiplen Geschichten und Modernen, die ebenbürtig nebeneinanderstehen, zu argumentieren (vgl. Chakrabarty 2000; Eisenstadt 2000; Eisenstadt 2011), sodass ein

kulturalistisches Container-Denken naiv oder politisch motiviert scheint. Jenes Milieu hat auch verstanden, dass das Modell bürgerlicher Rationalität und also einer deliberierenden Öffentlichkeit als ein kontingentes, exklusives, von Herrschafts- und Ausschlussmechanismen geprägtes Ideal zu kritisieren ist, man aber vielleicht doch irgendwie an Standards festhalten muss, will man nicht alle Ansprüche an öffentliche Debatten fahren lassen. Es stellt sich die Erkenntnis ein, dass sich das Projekt einer von sich überzeugten, europäisch situierten Demokratie nur mit einem selbstkritischen ‚Aber‘ hochhalten lässt. Auch pathetische Kollektiverzählungen des ‚Westens‘, eines ‚Volks‘ oder großer ‚Nationen‘ gelten als verdächtig. Sie werden einerseits mehr oder weniger klug dekonstruiert, während sie andererseits gerade anderen Bürgern – und eben zahlreichen Wählern – als Vokabeln eines palingenetisch angehauchten Versprechens attraktiv erscheinen (vgl. Henrich 2020; dagegen Hall 1992). Diese kognitiv-kulturelle Spaltung zwischen erzählenden Lagern gilt es erst einmal zu erkennen und zu vermitteln. Sie liefert den Stoff für Kulturkampfgetöse und für eine wechselseitige Entfremdung.

Dabei ist gerade die potenzielle Dissonanz in dem hier interessierenden, kleinen, aber für öffentliche Debatten nicht irrelevanten Milieu der akademisch gebildeten, bürgerlichen Mitte interessant: Dieses Milieu praktiziert bestenfalls im Sinne seiner Selbstaufklärung eine Selbstkritik, erkennt die Stärken und Schwächen seines Lebensmodells und Ordnungsentwurfs an und steht zugleich vor der Aufgabe, das eigene Modell sowie die liberale Demokratie hochzuhalten und sie gegenüber ihren Feinden und Verächtern zu verteidigen.¹ Es gilt, bei aller Selbstkritik und Skepsis gegenüber jeglichen Überlegenheits- und Gemeinschaftsbeschwörungen, wehrhaft und verteidigungsbereit zu sein. Geradezu programmatisch verdichtet sich diese Doppelaufgabe von Selbstkritik und Vorwärtsverteidigung in einer Mahnung aus dem Herbst 2025: Der deutsche Bundespräsident stellte am 9. November 2025 die Forderung nach einer „*Selbstbehauptung* der Demokratie“ ins Zentrum seiner Rede (Steinmeier 2025: 7). Dies bedeute mittlerweile mehr als moderieren und integrieren zu wollen; es gelte gegebenenfalls Verfassungsfeinde vom politischen Prozess auszuschließen, so Frank-Walter Steinmeier mit Blick auf die innenpolitische Lage.

Selbstbehauptung – dieses kämpferische Signalwort eines nervösen Bürgertums ist bemerkenswert. Auch das Beispiel der deutschen Debatte um Wehrhaftigkeit und Wehrpflicht zeigt, dass politische Akteure in der Adressierung ihres Publikums einen Spagat üben müssen: Es braucht einen normativ vertretbaren Weg für politische Forderungen, individuelle Lebenschancen residualheroisch für die größere Sache, nämlich für Freiheit und Demokratie, einzusetzen, ohne wie radikale Rechte und Nationalisten in reaktionäres Großgetöse zu verfallen. Damit stellt sich die anfängliche Frage noch einmal konkreter: Wie mobilisiert man eigentlich eine liberale, individualisierte und demokratische Gesellschaft, ohne sie als verführbare und dumpfe Masse anzusprechen? Anders gesagt: Wie lässt sich ein Publikum von möglichen Habermas- und Reckwitz-Lesern einschwören?

1 Dies veranschaulichte vor allem Robert Habeck, der die Kontingenz der eigenen Ansichten kommunizierte und für ein „selbstkritisches Kämpfen“ plädierte (Habeck 2021: 64). Vgl. dazu Müller/Séville 2022.

Helfen dabei Appelle an profunde Sachkenntnis und/oder nötigen Gemeinsinn weiter? Auf den Bellizismus autoritärer Kräfte kann man nicht mit Toleranz antworten; auf Diskursverweigerung, Verschwörungsglauben und Destruktivität kann man nicht (nur) mit rationalen Argumenten reagieren. Letztlich steht die Frage im Raum, ob es eine Erzählung gibt, die politisch mobilisieren kann, ohne ihrerseits apodiktisch, autoritär oder totalkollektivierend zu sein.

Auf der Suche nach einer solchen Kommunikation lassen sich Verschiebungen und Verunsicherungen im bürgerlichen Milieu beobachten, deren Untersuchung an anderer Stelle begonnen wurde (Müller/Séville 2024). In diesem Essay sollen zwei Motive politischer Persuasionsstrategien beleuchtet werden, die auf die skizzierte Spannungslage reagieren und aktuell an politischem Profil gewinnen: Streitkompetenz und Sentimentalität als Repertoire der wehrhaften Gesellschaft.

Wehrhafte Streitkompetenz

Eine – vor allem innenpolitische – Persuasionsstrategie liegt darin, die Praxis der kritischen Selbstthematization mit einer allgemeinen „Streitkompetenz“ zu verbinden und diese als Nachweis demokratischer Gesinnung und Modernität zu adeln (Frick 2020). So betonen zahlreiche politische Akteure, dass gute Demokraten diejenigen seien, die zu Streit fähig seien. Noch einmal kann Frank-Walter Steinmeier als Beispiel dienen. Als dieser 2022 zum zweiten Mal zum Bundespräsidenten gewählt wurde, erklärte er in seiner Rede:

Das Amt des Bundespräsidenten ist ein überparteiliches, und ich verspreche Ihnen: So werde ich es weiterführen. Meine Verantwortung gilt allen Menschen, die in unserem Land leben. Überparteilich, ja – aber ich bin nicht neutral, wenn es um die Sache der Demokratie geht. Wer für die Demokratie streitet, hat mich an seiner Seite. Wer sie angreift, wird mich als Gegner haben! (Steinmeier 2022: 1)²

Steinmeier erklärt sein Amtsverständnis und inszeniert sein Eintreten für Demokratie in Zeiten ihrer Anfechtung als eine kämpferische Position. Im Tonfall einer *pastoralen Agonalität* soll klar werden, dass Demokratie die Fähigkeit zur Diskussion und zur Auseinandersetzung erfordere. Wer streiten kann, gehört dazu – Wehrhaftigkeit und Deliberation, Diskussionsbereitschaft und Kampfeswille werden verknüpft.

Immer wieder kennzeichnet Steinmeier Demokratie als positive Anstrengung, Zumutung und als Institutionalisierung von Selbstkorrektur. „Wer überzeugen will, muss streiten können und auch streiten wollen. Wichtig ist einzig und allein, dass jeder im Streit den Anderen achtet. Dass das bessere Argument zählt und nicht die lautere Parole, dass Vernunft, Respekt und Anstand ihre Geltung behalten im politischen Streit“ (Steinmeier 2019: 3). Neben diesem kämpferischen Habermasianismus werden kognitive, prozedurale Kompetenzen und habituelle Dispositionen miteinander verwoben (vgl.

2 Vgl. dazu die Analyse in Séville 2022; überarbeitet und ergänzt in Séville/Müller 2024: 95–104.

Buchstein 2025). Demokratische Gesellschaften seien durch Formen und Verfahren politischer und rechtlich eingegerter Konflikte gekennzeichnet, und bürgerliche Politik sei „keinem Lager verhaftet, sondern beschreibt die gemeinsame Haltung aller Demokraten: Freiheit, Verantwortung, Gemeinschaftssinn, Vernunft, Augenmaß“ (Steinmeier 2025: 6). Wo Extremisten auf „Feindschaft“ setzten und Vertrauen untergraben, schaffe bürgerliche Politik dieses durch „Zusammenhalt“ und Arbeit an „demokratischen Bündnissen“, so Steinmeier im November 2025. Mehr noch: „[B]ürgerliche Politik ist darauf gerichtet, das Leben der Menschen zu verbessern“ (ebd.: 6). Bürgerlichkeit wird endlich explizit zum alten und neuen Kampfbegriff.

Streiten zu können, das Leben zu verbessern, Bündnisse zu schmieden, konstruktive Haltung zu zeigen – dies sind Motive einer Erbauungsliteratur, die gerade nicht martialisch oder autoritär klingen will, aber die robuste Verteidigung der Demokratie fordert. Mit ähnlichem Gestus hat sich in den letzten Jahren ein Genre von populärwissenschaftlichen Verhaltenslehren der „Streitkompetenz“ als Supertugend gewidmet (vgl. Séville 2025). Zahlreiche Autoren legen dar, wie gutes Streiten „zivilisiert“, „konstruktiv“ und „höflich“ funktionieren könne.³ Man müsse Rechtspopulisten, -extremisten und Verschwörungstheoretikern und anderen „etwas anderes als Schweigen entgegensetzen“ (Holch/Greve 2021: 13). Es geht in jenen Interventionen um Praktiken der Auseinandersetzung und um die Erörterung einer Sprachfähigkeit des eigenen – politischen – Standpunkts. Dabei mahnen die Autoren jener Verhaltenslehren eine generelle Verständnisorientierung sowie eine Praxis des (sachlichen) Argumentierens an und formulieren ein praktisches Wissen, ein didaktisches *Vademecum* einer – ins Populäre gewendeten – Diskursethik. Das Publikum soll lernen, dass sich demokratische Streitkompetenz neben argumentativer Raffinesse auch in affektiver Selbstbeherrschung, in Takt, Manieren, Diplomatie sowie in Anerkennung, Abwägung und Interesse zeigt. Es gehe um eine „Haltung, die jeder Einzelne einnehmen und einüben kann“ (Frick 2017: 90). Mut, Zivilcourage, Anstand, Höflichkeit fungieren als Schlüsselbegriffe einer Neubestimmung bürgerlicher Eigenschaften. Schließlich dienen Streiten und Bündnisbildung als das Gerüst einer von der Idee substanzieller Sittlichkeit entleerten demokratischen Leitkultur. Demokratie wird in ihrer sozialen Performativität als ethisch und kulturell überlegen ausgewiesen, ohne eine politische Überlegenheitserzählung vorzutragen.

Wehrhafte Sentimentalität

Eine zweite Strategie, mit der Demokraten ohne klassisch autoritäre Appelle und pathetische Volkstümelei von oben zur Verteidigung mobilisiert werden sollen, liegt in einer Kopplung von politischem Anliegen und Emotionen. Viele öffentliche Figuren, darunter auch politische Akteure in hohen Ämtern, reden über ihre Gefühle und stellen diese aus.

3 Zu diesem Genre gehören beispielsweise die folgenden Werke: Pörksen/Schulz von Thun 2020; von Kempis 2019; Steffan 2019; Frick 2017; Maas 2017; Jaster/Lanius 2019.

Ob Tränen des Bundeskanzlers bei der Eröffnung einer Synagoge in München, ob Tränen oder eine brüchige Stimme im Bundestag⁴ oder eine offenherzige Erzählung der eigenen Verletzungen und Kränkungen (vgl. Müller/Séville 2025; Séville/Müller 2025) – Emotionen spielen als ein *demokratiepolitisches* Argument eine große Rolle in der Gegenwart. Die Erschütterung über extremistischen Hass und Gewalt soll spürbar werden. Der Schrecken der historischen und aktuellen autoritären, illiberalen Bedrohung wird an politischen Körpern der Gegenwart deutlich und den Bürgern eindrücklich. Durch den Einsatz der ganzen Person für die politische Sache und die Darstellung einer aufrichtigen Emotionalität und Empathiefähigkeit werden Amtsträger zu *Amtsmenschen*, die die Trennung zwischen öffentlichem und politischem Körper aufheben und dadurch zu mobilisieren versuchen (ebd.).

Zwei Beispiele können nun Formen einer ins Wehrhafte gewendeten Sentimentalität verdeutlichen. Die ehemalige Bundesverfassungsrichterin Susanne Baer schildert in ihrem jüngsten Buch „Rote Linien“ (2025) ihre Amtszeit an Deutschlands höchstem Gericht und verbindet dabei eine persönliche Selbsterzählung mit einer Aufklärung über die Institution. Direkt spricht sie ihre Leser an und fragt zu Beginn, um die Distanz zwischen Bürger und Gericht/Richterin zu brechen und die Leser zu affizieren: „Wollen Sie in einer Demokratie leben, die diesen Namen verdient, mit gleichen Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben, neben- und miteinander? Dann spielen Verfassungsgerichte für Sie eine wichtige Rolle“ (ebd.: 7).

Susanne Baer ist in ihrem Buch „ehrlich“ (ebd.: 22); manche Situation im Gericht war ihr „peinlich“ (ebd.: 23), manches Mal war sie „genervt“ (ebd.: 294), wusste etwas nicht oder erlebte persönliche Anfeindungen, die ihr Angst einjagten (ebd.: 333 f.). Die ehemalige Richterin setzt auf die Wahrhaftigkeit ihrer Erzählung. Indem sie eine nahbare Selbstauskunft mit einer sachlich-detaillierten Schilderung der Arbeitsweise und wichtigen Entscheidungen des Verfassungsgerichts kombiniert, sucht Baer ihre Leser von Grundgesetz und Rechtsstaat zu überzeugen. Immer wieder appelliert sie an das Vorstellungsvermögen und die Empathie ihres Publikums und versucht klarzustellen, wie bedeutsam das Grundgesetz für jeden Bürger, für jeden Leser, egal welcher politischer Couleur sei (ebd.: 17)⁵ – „wie schätzen Sie das ein?“ (ebd.: 296).

Auch in Baers Werk taucht „Haltung“ auf (ebd.: 126 ff.), wengleich die Autorin ihr Unbehagen am Begriff notiert, schließlich ist doch die adäquate ‚Haltung‘ einer Verfassungsrichterin die Orientierung am Grundgesetz. Just diese Ambivalenz offenbart das heutige Positionierungsdilemma zwischen Parteilichkeit und Werterhetorik. Die metapolitische Beschwörung von Haltung, Empathie und bürgerlichen Resttugenden weicht vor der eigentlichen Härte des ideologischen Konflikts zurück.

Für diese Form demokratiepolitischer Persuasion ist auch eine Rede des Bundesverteidigungsministers Boris Pistorius eindrücklich. 2024 fand der Kongress der deutschen

4 Man denke nur an die Tränen Annalena Baerbocks bei Marcel Reifs Rede in der Gedenkstunde anlässlich des Jahrestages der Auschwitz-Befreiung (vgl. Kothny 2024).

5 Dort wendet sie sich explizit an AfD-Anhänger.

Politikwissenschaft unter dem Titel „Politik in der Polykrise“ statt; zur Eröffnung hielt Pistorius eine Festrede (Pistorius 2024). Es kam zu einer eindringlichen Einschwörung der anwesenden Fachvertreter, denn Pistorius wollte deutlich machen, dass es angesichts von Populismus und Extremismus, aber insbesondere angesichts der weltpolitischen Lage die Demokratie zu verteidigen gelte. Pistorius deklarierte mit großem Pathos:

Diese Demokratie ist eben nicht irgendwann einmal vom Himmel gefallen; sie ist keine Selbstverständlichkeit, sie ist kein Geschenk [...]. Sie ist ein hart erkämpfter Schatz, sie ist etwas, was wir täglich erlernen müssen, täglich verteidigen müssen und täglich schützen müssen, weil die Demokratie es nicht kann. Die Demokratie kann sich nicht verteidigen. Das können nur wir, Demokratinnen und Demokraten. (Ebd.: Min 09:01)

Nach Applaus fuhr er fort, man müsse heutigen Demokratiegegnern „Mut zur Intoleranz“ entgegenstellen (ebd.: Min 11:14). Die „Königdisziplin“ des Politischen sei der „Kompromiss“, weil man in einer pluralistischen, heterogenen Gesellschaft lebe und in Koalitionen regiert werde (ebd.). Die deutschen Politikwissenschaftler wurden an ein gleich doppeltes Demokratieamt erinnert: als Akademiker in Bürgergestalt und als Bürger in Universitätspositionen.

Vor allem eine Formulierung von Pistorius war bemerkenswert. Dieser erklärte mit bedeutungsschwerer Pause: „Ich bin schwer verliebt – ins Grundgesetz“ (ebd.: Min 06:13).⁶ Die Wendung, „verliebt“ in eine „Verfassung“ zu sein, kombiniert die Vorstellungswelt der Liebe, ja Sentimentalität und Pathos, mit der Beschwörung einer gemeinsamen Aufgabe und mit einem Abstraktum, einer Sache. Der vorgeblich spröde Verfassungstext, die Mühen der parlamentarischen Arbeit und die pluralistische Gesellschaft werden mit einem Liebesgeständnis, mit einer Einschwörung auf das denen im Raum Gemeinsame, auf ein gemeinsames Ethos der modernen demokratischen Gesellschaft gekoppelt. Pistorius liefert damit ein Bekenntnis, das die demokratische Sache sentimentalisiert und zugleich einer kämpferischen Position zuführt: Gerade da man das Grundgesetz als Dokument der freiheitlich demokratischen Ordnung liebt, muss man kämpfen und es wehrhaft gegen seine Feinde verteidigen. Hier wird eine sentimentale Gesellschaftsbeschwörung vorgetragen – etwas, das gängige Unterscheidungen unterläuft.⁷ Sentimentalität wird selbst kämpferisch, und das Publikum wird nicht als willfähige Masse von Demagogen, sondern als empathisches Publikum wahrhaftiger und sentimentaler Politiker adressiert. Wir haben es nicht mit altbekanntem Verfassungspatriotismus, sondern mit *Verfassungssentimentalismus* zu tun.

6 Er empfahl auch, das Grundgesetz einmal bei einem „Glas Wein“ zu lesen (ebd.).

7 Helmuth Plessner schrieb einst von der „Sachgemeinschaft“ (Plessner 2002: 51), die in ihrem Grad und ihrer Dynamik der Radikalisierung eine eigene Untersuchung wert ist.

Schlussbemerkung

Politische Akteure versuchen, auf die Herausforderung einer Erzählung liberaler Demokratie für ein (selbst-)kritisches, postheroisches und autoritätssensibles Publikum zu reagieren. Dazu eignen sich Versatzstücke von Wahrhaftigkeit, Empathie, Streitlust und Streitbejahung gleichermaßen. Sie dienen der Selbstvergewisserung des bürgerlichen Milieus, indem sie das Heroische oder Martialische einerseits ablehnen, andererseits Wehrhaftigkeit und Verteidigungsbereitschaft insinuierten. Paradoxaerweise wird aus der Sentimentalisierung der liberaldemokratischen Ordnung und der Popularisierung einer Diskursethik ein kämpferischer, agonaler, ja heroischer Gestus abgeleitet. Für die Frage, wie apodiktisches und autoritatives Sprechen heute gelingen kann, wenn man zugleich Gegenargumente kennt, anerkennt sowie Komplexität und Kontingenz ernstnimmt (vgl. Séville/Müller 2024; 2022), sind die hier beschriebenen Muster also aufschlussreich. Es bleibt allerdings der Kontrast zwischen Hass und Härte auf der einen Seite und Rationalität und Empathie auf der anderen, zwischen Schamlosigkeit und Enttönnung der Gegner und einer bürgerlichen Selbstbeschwörung und Selbstergriffenheit, die weiterhin recht hilflos und defensiv wirkt. Womöglich verweist dies auf die Unfähigkeit liberaler Demokraten, die Logik von Freund und Feind zu begreifen und sich selbst als Feindbild zu denken.

Reinhart Koselleck erkannte einst eine Dialektik der Aufklärung darin, dass die Position der Kritik auf Dauer gestellt werde: Ein jeder werde zum Kritiker, ein jeder stelle das Tun der anderen und des Staats vor einen ‚inneren Gerichtshof‘ (vgl. Koselleck 1973). Heute wird diese Kritikfähigkeit zwar trainiert und öffentlich inszeniert; akademisch ausgebildete, bürgerliche Milieus kritisieren gesellschaftliche Verwerfungen, beherrschen den Deutungsapparat der Zeitdiagnostik und erkennen die gegenwärtige(n) Krise(n). Daraus folgt aber nicht zwingend eine Denkbewegung oder Verhaltensänderung, sondern häufig Moralkommunikation. Und bei allem kritischen Gestus schielen jene Milieus auf Autoritäten und den Staat als Garanten jener Ordnung, von der sie profitieren. So werden wohl dosierte Kritik und Affirmation zugleich als Bürgerpflicht begriffen, schließlich gilt es, den Staat und sich selbst gegen Kritiker und Angreifer zu verteidigen. Kritik verkommt schlimmstenfalls zum *Kitsch*. Es besteht der Verdacht, dass die liberaldemokratische Gesellschaft womöglich von Sätzen lebt, die sie selbst nur schwer in die Tat umsetzen kann.

In der Krise predigt man sich selbst unaufhörlich denselben Text, beschwört Zusammenhalt, die Kraft sozialer Praktiken, habitueller Einstellungen und Empathie. Umso beeindruckender wirkt dagegen der Historiker und Preisträger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels Karl Schlögel. Dieser macht seine Sprachlosigkeit und Erschütterung öffentlich, hinterfragt seine jahrzehntelange Forschung, verfällt aber in keinen Kitsch. Schlögel entwickelt eine kämpferische Position aus Bestürzung und Ratlosigkeit. In der Frankfurter Paulskirche machte er im Oktober 2025 mit Blick auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine und die Strahlkraft des ukrainischen Volks die Idee des Siegens stark. ‚Auszuhalten, durchzuhalten, der unsäglichen Erschöpfung

zum Trotz – das ist die Revolution der Würde in Permanenz“ (Schlögel 2025: Min 26:33) – und zum Schluss erklärte er: „Uns Europäern bleibt, so unwahrscheinlich es klingen mag: von der Ukraine lernen, heißt furchtlos und tapfer sein, vielleicht auch siegen lernen“ (ebd.: Min 27:39).

Literatur

- Baer, Susanne, 2025: Rote Linien. Wie das Bundesverfassungsgericht die Demokratie schützt, Freiburg.
- Bollmann, Ralph, 2025: Reiche zeigt das große Dilemma der schwarz-roten Regierung. In: *faz.net* vom 02.08.2025; <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/reiche-zeigt-das-grosse-dilemma-der-schwarz-roten-regierung-110618416.html>, 21.10.2025.
- Buchstein, Hubertus, 2025: Gegen den Vulgärdemokratismus: Der demokratische Verfassungsstaat, politische Tugenden und demokratische Resilienz. In: *Soziopolis* vom 09.09.2025; <https://www.sozipolis.de/gegen-den-vulgaerdemokratismus.html>, 21.11.2025.
- Chakrabarty, Dipesh, 2000: *Provincializing Europe. Postcolonial Thought and Historical Difference*, Princeton.
- Eisenstadt, Shmuel N., 2000: Multiple Modernities. In: *Daedalus* 129/1, 1–30.
- Eisenstadt, Shmuel N., 2011: *Die Vielfalt der Moderne*, Weilerswist.
- Frick, Marie-Luisa, 2017: *Zivilisiert streiten. Zur Ethik der politischen Gegnerschaft*, Ditzingen.
- Frick, Marie-Luisa, 2020: Streitkompetenz als demokratische Qualität. Oder: Vom Wert des Widerspruchs. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 70/12–13, 28–33.
- Habeck, Robert, 2021: *Von hier an anders. Eine politische Skizze*, Köln.
- Hall, Stuart, 1992: The West and the Rest: Discourse and Power. In: Ders. / Bram Gieben (Hg.), *Formations of Modernity*, Cambridge, 275–320.
- Henrich, Joseph, 2020: *The WEIRD People in the World. How the West Became Psychologically Peculiar and Particularly Prosperous*, New York.
- Holch, Christine / Greve, Katharina, 2021: Sagt was! Tut was! In: *Chrismon. Das evangelische Magazin* 06/2021, 13–18.
- Huhnholz, Sebastian, 2024: Austerität und Ausnahme. Die Politik der Staatsausgaben nach der Karlsruher Entscheidung. In: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken* 78/898, 5–19.
- Jaster, Romy / Lanius, David, 2019: *Die Wahrheit schafft sich ab. Wie Fake News Politik machen*, Ditzingen.
- Kempis, Franzi, 2019: *Anleitung zum Widerspruch. Klare Antworten auf populistische Parolen, Vorurteile und Verschwörungstheorien*, München.
- Koselleck, Reinhart, 1973: *Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt*, Frankfurt (Main).
- Kothny, Korbinian, 2024: Kommentatoren-Legende Reif rührt mit Rede im Bundestag zu Tränen. In: *Frankfurter Rundschau online* vom 04.02.2024; <https://www.fr.de/sport/sport-mix/bundestag-redegedenktag-nationalsozialismus-baerbock-marcel-reif-92808098.html>, 21.11.2025.
- Liotard, Jean-François, 1979: *La condition postmoderne. Rapport sur le savoir*, Paris.
- Maas, Heiko, 2017: *Aufstehen statt Wegducken. Eine Strategie gegen Rechts*, München.
- Müller, Julian / Séville, Astrid, 2022: Ist Dauerreflexion kommunizierbar? Das Habeck-Paradox. In: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken* 76/873, 82–87.
- Müller, Julian / Séville, Astrid, 2025: Menschen im Amt. Verletzbarkeit in der politischen Kommunikation der Gegenwart. In: *Zeitschrift für Soziologie* 54/1, 47–62.

- Pistorius, Boris, 2024: Politik in der Polykrise. Festvortrag zur Eröffnung des 29. Wissenschaftlichen Kongresses der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) an der Universität Göttingen, 24.09.2024; https://www.youtube.com/watch?v=e7_xZUoRUFk, 21.11.2025.
- Plessner, Helmuth, 2002: Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus, Frankfurt (Main).
- Pörksen, Bernhard / Schulz von Thun, Friedemann, 2020: Die Kunst des Miteinander-Redens. Über den Dialog in Gesellschaft und Politik, München.
- Schlögel, Karl, 2025: Rede zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 2025: Ohne eine freie Ukraine kann es keinen Frieden in Europa geben, 19.10.2025, https://www.youtube.com/watch?v=5DArXUW45_4, 21.11.2025.
- Séville, Astrid, 2022: Pastorale Agonalität. Die bundespräsidiale Demokratienpolitik Frank-Walter Steinmeiers. In: Verfassungsblog vom 05.09.2022; <https://doi.org/10.17176/20220905-230541-0>, 21.11.2025.
- Séville, Astrid, 2025: Modern micropolitics of antipopulism: Rethinking discourse and empathy. In: Politische Vierteljahresschrift 1/2025, <https://doi.org/10.1007/s11615-024-00588-1>.
- Séville, Astrid / Müller, Julian, 2024: Politische Redeweisen. Ein Essay, Tübingen.
- Séville, Astrid / Müller, Julian, 2025: Amtsmenschen. In: Mittelweg 36 34/3–4, 3–19.
- Staab, Philipp, 2022: Anpassung. Leitmotiv der nächsten Gesellschaft, Berlin.
- Steffan, Philipp, 2019: Sag was! Radikal höflich gegen Rechtspopulismus argumentieren, Hamburg.
- Steinmeier, Frank-Walter, 2019: Zur Eröffnung des Bürgerfests 2019. Rede vom 30.08.2019 im Park von Schloss Bellevue. Bundespräsidialamt; <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2019/08/190830-Buergerfest.pdf>, 21.11.2025.
- Steinmeier, Frank-Walter, 2022: Rede nach seiner Wiederwahl zum Bundespräsidenten. Rede vom 13.02.2022. Bundespräsidialamt; <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2022/02/220213-Bundesversammlung.pdf>, 21.11.2025.
- Steinmeier, Frank-Walter, 2025: Rede bei einer Matinee zum 9. November. Schloss Bellevue, 09.11.2025. Bundespräsidialamt; <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2025/11/251109-9-November-Matinee.pdf>, 21.11.2025.